

JETZT ABHOLBEREIT

luca-Schlüsselanhänger

■ **(zas) Stralsund.** Die von der Hansestadt Stralsund bestellten 3.000 luca-Schlüsselanhänger sind eingetroffen und werden ab sofort an folgenden Stellen in Stralsund kostenlos ausgegeben:



* **Tourismuszentrale Stralsund,** Alter Markt 9 – Mo bis Fr von 10 - 17 Uhr,

* **Auferstehungskirche in Grünhufe,** Lindenallee 35 – Mo bis Fr von 9 - 17 Uhr

* **Lutherkirche** in der Tribseer Siedlung, Alte Richtberger Str. 87 – Mo bis Do von 8 - 12 Uhr

* **Treff „Zuversicht“** in Knieper West, Thomas-Kantzow-Str. 6 – Mo bis Fr von 8 - 16:30 Uhr

* **Tauschbörse „Gib und Nimm“,** Lion-Feuchtwanger-Straße 31, Mo bis Do von 8 - 13 Uhr, Fr von 8 - 12 Uhr

Hinweise zur Nutzung des Anhängers:

Der Schlüsselanhänger, das analoge Gegenstück zur luca App, ist gedacht als einfache Alternative für Nutzer, die kein Smartphone haben und regelmäßig luca-Standorte besuchen. Auch ohne Schlüsselanhänger und Smartphone kann weiterhin per Kontaktformular in Standorte eingetragt werden, wenn diese geöffnet sind. Die luca-Schlüsselanhänger können nicht durch die oben genannten Ausgabestellen mit den persönlichen Daten der Nutzer versehen werden. Die Registrierung erfolgt über <https://app.luca-app.de/registerbadge/>. Beim Schlüsselanhänger muss der QR-Code beim Betreten eines luca-Standorts von den Betreibern gescannt werden. Das setzt voraus, dass das jeweilige Geschäft auch einen luca-Check-in mit einem entsprechenden Lesegerät anbietet. Wenn das nicht vorhanden ist, müssen weiterhin Kontakterfassungszettel ausgefüllt werden, um die Daten zu hinterlegen.

VIEL GUTES TUN

Crowdfunding-Plattform „99 Funken“

■ **(zas) Stralsund.** Die Fundraising-Plattform „99 Funken“ wurde vom Fachmagazin FOCUS-MONEY in der Kategorie „Crowdfunding-Plattformen“ mit dem Prädikat „Sehr hohe Empfehlung“ ausgezeichnet. Das Prädikat ist das Ergebnis einer kürzlich erfolgten Umfrage vom Analyse-Institut ServiceValue. Insgesamt wurden 229 Unternehmen aus 16 Branchen der Finanzdienstleistungen hinsichtlich ihrer Empfehlungswürdigkeit für Anleger untersucht. „99 Funken“ ist die Crowdfunding-Plattform der Sparkassen. Hierüber können in erster Linie gemeinnützige Vereine und Institutionen ihre Projekte bekannt machen und finanzieren.

Die Sparkasse Vorpommern freut sich über diese Auszeichnung. Seit drei Jahren betreibt sie ihre Regionalplattform auf „99 Funken“. Allein auf dieser Regionalseite wurden zwischenzeitlich 72 Projekte mit fast 330.000 Euro unterstützt. Dass die Idee des Crowdfundings – viele Unterstützer finanzieren ein Projekt – funktioniert, zeigen die über 2.000 Un-

terstützer, die sich bisher an den Projekten in Vorpommern beteiligt haben.

Das jüngste Projekt, das mit Hilfe von „99 Funken“ um Unterstützung wirbt, ist „Sauwohl“ vom Tierhof-Sonnen-schein e.V. in Alt Negentin. Der Gnadenhof für Tiere benötigt ein neues Schweinegehege. Wer dieses oder andere Projekte unterstützen möchte, schaut einfach auf <https://www.99funken.de/sparkasse/vorpommern/projects> vorbei.

Annett Müller, die die Plattform bei der Sparkasse Vorpommern betreut, hat noch weitere Projekte in der Vorbereitungsphase. Sie gehen in Kürze an den Start. Dabei verweist sie insbesondere auf den aktuellen Spendentopf der Sparkasse über 25.000 Euro. Bis zum 30. Juni 2021 wird daraus jeder Euro, der gespendet wird, von der Sparkasse Vorpommern (bis max. 2.000 Euro je Projekt) verdoppelt. Über



17.000 Euro daraus sind schon verteilt. Also heißt es schnell sein, wenn der Lieblingsverein doppelt profitieren soll. Gerade unter den schwierigen Pandemie-Bedingungen benötigen unsere Vereine jede Unterstützung. Als Dankeschön gibt es von den Vereinen je nach Unterstützungshöhe gestaffelte Prämien.

Wie das erfolgreiche Crowdfunding mit „99 Funken“ funktioniert und was es dabei zu beachten gilt, erklärt Annett Müller Interessenten gern. Sie ist unter Telefon 03834 557-3912 oder mit E-Mail an annett.mueller@spk-vorpommern.de erreichbar.

„Das Prädikat „Sehr hohe Empfehlung“ für „99 Funken“ unterstreicht, wie benutzerorientiert und zuverlässig unsere Crowdfunding-Plattform ist.“, so Annett Müller. Sie ist auf die nächsten Projekte gespannt. „Ich fiebere immer richtig mit und freue mich über jede Spende. So können wir in unserer Region gemeinsam viel Gutes tun.“

CORONAZUSCHUSS ZU GERING UND VERFASSUNGSWIDRIG

Der Rechtsanwalt informiert

■ Das Sozialgericht Karlsruhe hat mit Entscheidung vom 24. März 2021 zum Az. S 12 AS 711/21 ER ausgeführt, dass der durch die Bundesregierung beschlossene Coronazuschuss i.H.v. 150 € zu gering ist und somit verfassungswidrig ist. Auf diesen Zuschuss haben erwachsene Leistungsbezieher einen Anspruch, die im Monat Mai 2021 Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) oder Sozialgeld erhalten.

Das Sozialgericht Karlsruhe war der Auffassung, dass das Existenzminimum bereits für die Monate Januar bis April nicht erst im Mai gedeckt werden dürfe. Zudem seien Anforderungen an das Verfahren zur Ermittlung der Höhe existenzsichernder Leistungen nicht erfüllt. Nach Auffassung des Gerichtes sei eine Erhöhung des Regelsatzes um etwa 100 € für jeden Pandemie-monat erforderlich. In dem zu Grunde liegenden Verfahren hatte die Antragstellerin zuvor bei dem für sie zuständigen Jobcenter FFP2-Masken beantragt. Dieselbe Kammer hatte zuvor entschieden, die

Jobcenter müssten Arbeitssuchenden Hartz-IV-Empfängern kostenlos FFP2-Masken zur Verfügung stellen. Über diese Entscheidung hatte ich bereits berichtet. Die maßgebliche Rechtsgrundlage für den geltend gemachten Anspruch auf höhere Mehrbedarfsleistungen stelle nicht das am 10. März 2021 vom Bundespräsidenten unterzeichnete und am 17. März 2021 verkündete Gesetz zur Regelung einer Einmalzahlung der Grundsicherungssysteme an erwachsene Leistungsberechtigte und zur Verlängerung des erleichterten Zugangs zu sozialer Sicherung zur Änderung des Sozialdienstleister-Einsatzgesetzes aus Anlass der Covid-19-Pandemie vom 24. Februar 2021 dar. Dessen Erlass stehe einer mit dem Eilbeschluss vorgenommenen vorläufigen Verpflichtung des Trägers der Grundsicherung nach dem SGB II zur Leistungserbringung nach dem Auffangtatbestand des § 21 Abs. 6 SGB II weder vor noch nach dessen Inkrafttreten zum 1. April 2021 entgegen.

Der eingeführte § 70 SGB II neuer Fassung mit dem die Einmalhilfe beschlossen wurde, sei unbeachtlich, da er gegen das Grundgesetz verstoße. Gemäß dieser Regelung erhalten erwachsene Leistungsbezieher eine einmalige Zahlung i.H.v. 150 €. § 70 SGB II sei verfassungswidrig, weil die spezielle Normierung eines Mehrbedarfs im Hinblick auf die Pandemie fortan der Anwendung des Auffangtatbestandes für Mehrbedarf aus § 21 Abs. 6 SGB II für den bedarfsdeckenden Zeitraum 01.01.2021 bis 30.06.2021 entgegenstehe und die neue Anspruchsgrundlage selbst zugleich das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 1 GG verletze. Im Widerspruch zu den verfassungsgerichtlich erkannten Beurteilungsmaßstäben sei nicht ansatzweise zu entnehmen, warum eine Einmalzahlung für den Monat Mai 2021 i.H.v. 150 € den Mehrbedarf im Hinblick auf die Pandemie für die Monate Januar 2021 bis Juni

2021 decken solle. Auch würde der Anspruch auf die Gewährleistungen des menschenwürdigen Existenzminimums durch die Leistungshöhe von nur 150 € für einen sechsmonatigen Leistungszeitraum verletzt. Zur Deckung sämtlichen Mehrbedarfs seien mehr nötig als 28 € monatlich.

Gemäß der Gesetzesbegründung seien zusätzliche finanzielle Belastungen aus der Notwendigkeit, Schnelltests auf eigene Kosten durchzuführen, ältere Verwandte besuchen zu können, aus der Versorgung mit notwendigen Hygieneprodukten und Gesundheitsarti-

keln, aus der häuslichen Freizeitgestaltung, insbesondere für Familien mit Kindern höher als der ins Blaue hinein angesetzte Betrag. Gegen entsprechende Bewilligungsbescheide der Einmalleistung i.H.v. 150 € ist es daher möglich, unter Berufung auf das vorgenannte Urteil, Widerspruch einzulegen. Angesichts der Komplexität der Sach- und Rechtslage ist es stets empfehlenswert fachanwaltlichen Rat einzuholen

Marc Quintana Schmidt
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Sozialrecht
Fachanwalt für Familienrecht

Rechtsanwalt Marc Quintana Schmidt

Tätigkeitsschwerpunkte:
• Strafrecht
• Erbrecht
• Verkehrsrecht

Interessenschwerpunkte
• Mietrecht
• Verwaltungsrecht

Fachanwalt für Familienrecht
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Sozialrecht

Kanzlei:
Kiebenhieberstraße 2a
18439 Stralsund

Telefon: 03831-66 68 51, -66 68 52 – Fax: 03831-66 68 53
Funk: 0170-9 04 31 00 – email: marc.quintana@web.de

Sprachkenntnisse spanisch, türkisch

